

Niederschrift

über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

am Donnerstag, 9. Juni 2011 um 19:00 Uhr

im Festsaal des Philippshospitals

Tagesordnung:

- | | | |
|---------------|--|-----------------|
| TOP 1 | Mitteilungen a) des Vorsitzenden
b) des Magistrats | |
| TOP 2 | Sitzungsniederschrift der Stadtverordnetenversammlung vom 2. Mai 2011 | |
| TOP 3 | Einführung, Verpflichtung, Ernennung und Vereidigung der ehrenamtlichen Stadträtin Melanie Dörr | |
| TOP 4 | Wahl von 2 Vertretern/innen des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung | DS-IX-
16/11 |
| TOP 5 | Wahl von sachkundigen Einwohner/innen für verschiedene Kommissionen | DS-IX-17/11 |
| TOP 6 | 1. Änderung des Bebauungsplans mit integriertem Grünordnungsplan „Im Sand“ und „Im Sand II“ im Stadtteil Crumstadt
hier: Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB | DS-IX-
18/11 |
| TOP 7 | Änderung der Planfeststellung zur Erweiterung der vorhandenen Kiesgrube Crumstadt
hier: Solarpark Kiesabbaufläche Crumstadt | DS-IX-
19/11 |
| TOP 8 | Übertragung von Haushaltsausgaberesten aus dem Wirtschaftsplan 2010 des Immobilienbetriebes in den städtischen Haushalt zum 01.01.2011 | DS-IX-
20/11 |
| TOP 9 | Verabschiedung des 1. Nachtragshaushaltes 2011 | DS-IX-
21/11 |
| TOP 10 | Anträge | |

zur Sitzungsniederschrift der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am 9. Juni 2011

10.1.	Prüfantrag der SPD-Fraktion über die Teilnahme der Stadt Riedstadt am Förderprogramm der Bundesregierung „Gesellschaftliche Verantwortung im Mittelstand“	DS-IX-
	22/11	
10.2.	Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Unterstützung der Tagespflege in Riedstadt	DS-IX-
	23/11	
10.3.	Prüfantrag der GLR-Fraktion zur Umstellung der Stromversorgung aller Liegenschaften auf Öko-Strom	DS-IX-
	24/11	
10.4.	Antrag der GLR-Fraktion zur Resolution zur Stilllegung der Kernkraftwerksblöcke Biblis A und B	DS-IX-
	25/11	
TOP 11	Anfragen	
11.1.	Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Schnakenbekämpfung	DS-IX-
	26/11	
11.2.	Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zu Problemen mit dem E-Mail-Server	DS-IX-
	27/11	
11.3.	Anfrage des Stadtverordneten Peter Ortler (Die Linke) zur geplanten Bodenbehandlungsanlage auf der Mülldeponie Büttelborn	DS-IX-
	28/11	
11.4.	Anfrage der SPD-Fraktion zum Ausfall des Emailsystems	DS-IX-
	29/11	
11.5.	Anfrage der SPD-Fraktion zur Grünflächengestaltung in der Fischergasse im Stadtteil Erfelden	DS-IX-
	30/11	
11.6.	Anfrage der SPD-Fraktion zu den Sponsoren des Energiekonzeptes	DS-IX-
	31/11	

WIR-Fraktion:	Seybel, Berthold Frey, Dieter Selle, Peter W.	
DIE LINKE:	Ortler, Peter	
Magistrat:	Amend, Werner Zettel, Erika Dey, Mathias Dörr, Melanie Effertz, Karlheinz Hellwig, Harald Kraft, Richard Ludwig, Werner Wald, Wilhelm	Stadträtin ab TOP 3
Ausländerbeirat:	Mahmood, Ahmad Muzaffar	
entschuldigt:	Eberling, Ottmar Schaffner, Norbert	SPD-Fraktion Stadtrat
Verwaltung:	Platte, Stephanie Fröhlich, Rainer	Fachbereichsleiterin 2 / Finanzen Parlamentsbüro
Schriftführer:	Görlich, Oliver	
1 Vertreter der Presse		
ca. 11 ZuhörerInnen		
Beginn:	19:00 Uhr	Ende: 20:10 Uhr

Zinsanteil der Stadt am Konjunkturprogramm

Die Zinsen für das Konjunkturprogramm laufen komplett über den Kommunalen Finanzausgleich. Im Jahr 2010 leistete die Stadt eine Zinsdienstumlage über 28.195,32 € allerdings waren in diesem Jahr auch noch nicht alle Mittel für die durchgeführten Maßnahmen abgerufen. Im Jahr 2011 ist der jährliche Betrag auf 69.107,25 € gestiegen. Da im Jahr 2011 alle zur Verfügung stehenden Mittel abgerufen waren, gehen wir davon aus, dass der Betrag von 69.107,25 € über die nächsten 28 Jahre konstant bleibt. Somit ergibt sich ein Zinsaufwand (geschätzt) von 2.032.305,57 € über eine Gesamtlaufzeit von 30 Jahren für die durchgeführten Maßnahmen des Konjunkturprogramms für die Stadt Riedstadt.

Arbeitsaufwand für Berechnung der Kita-Gebührenstaffelung

Michael Fraikin hatte im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss nach dem Arbeitsaufwand im Zusammenhang mit der Kita-Gebührenstaffelung gefragt. Der zuständige Fachbereichsleiter schätzt diesen Aufwand auf etwa 50 Arbeitsstunden im Jahr.

Plakate zum Kreiskerweborschtreffen

Die Veranstalter des Kreiskerweborschtreffen wurden telefonisch aufgefordert, die an Verkehrszeichen angebrachten Plakatständer umgehend zu entfernen. Dies wurde zugesagt. Die Fachgruppe belässt es bei einer mündlichen Verwarnung - es erfolgt kein Ordnungswidrigkeitsverfahren. Plakate, die an Zäunen oder Toren von Privatgrundstücken angebracht sind, sind hiervon nicht betroffen, sofern die Grundstückseigentümer der Plakatierung zugestimmt haben.

Im Übrigen verweist Bürgermeister Amend auf die mündlichen Berichte in den Fachausschusssitzungen sowie auf die schriftliche Berichtsvorlage.

TOP 2 Sitzungsniederschrift der Stadtverordnetenversammlung vom 2. Mai 2011

Stadtverordneter Ortler bemängelt, dass in der Sitzungsniederschrift vom 2. Mai 2011 das Abstimmungsverhalten zu TOP 12 nicht richtig wiedergegeben sei. Er habe der Aufhebung des Beschlusses nicht zugestimmt..

Richtig muss es daher in der Sitzungsniederschrift vom 2. Mai 2011 lauten: „Der Vorlage wird mit 23 Ja-Stimmen der SPD, GLR und WIR, 11 Nein-Stimmen der CDU und des Vertreters der Linken, bei einer Enthaltung der FDP zugestimmt.“

Diese Änderung wird zugesagt.

Der so geänderten Sitzungsniederschrift wird mit 36 Ja-Stimmen einstimmig zugestimmt.

TOP 3 Einführung, Verpflichtung, Ernennung und Vereidigung der ehrenamtlichen Stadträtin Melanie Dörr

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Patrick Fiederer, führt die ehrenamtliche Stadträtin Melanie Dörr in das Amt ein und verpflichtet sie durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Aufgaben. Bürgermeister Werner Amend überreicht die Ernennungsurkunde.

Daraufhin legt die Stadträtin vor dem Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung ihren Diensteid ab. Dazu erheben sich alle Anwesenden von ihren Plätzen.

Bürgermeister Werner Amend als Gemeindevahllleiter stellt fest, dass Frau Dörr mit ihrer Ernennung nicht mehr Mitglied der Stadtverordnetenversammlung sein kann. Sie hat ihren Verzicht auf das Mandat erklärt. Gemäß § 34 Abs.3 des hessischen Kommunalwahlgesetzes (KWG) stellt der Gemeindevahllleiter fest, dass Frau Dörr aus der Stadtverordnetenversammlung ausgeschieden ist und die nächste Bewerberin des Wahlvorschlages der CDU, Frau Ursula Fraikin, mit sofortiger Wirkung nachrückt.

TOP 4 Wahl von 2 Vertretern/innen des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung DS-IX-16/11

Patrick Fiederer stellt fest, dass ein gemeinsamer Wahlvorschlag der CDU/FDP-Fraktion und der GLR-Fraktion vorliegt. Dieser lautet:

„Für die Wahl der Stellvertreter des Stadtverordnetenvorstehers schlagen wir folgende Personen in einer gemeinsamen Liste vor:

1. Günter Buhl
2. Petra Schellhaas
3. Guido Funk
4. Mario Neuwirth
5. Mathias Lachmann
6. Dieter Satzinger
7. Michael Fraikin
8. Nadja Krockenberger
9. Thomas Fischer
10. Sebastian Wispel“

Weitere Vorschläge werden nicht vorgetragen. Mathias Lachmann (CDU/FDP), Eva Roth (GLR), Heinz-Josef Henrich (SPD) und Peter W. Selle (WIR) werden als Wahlhelfer benannt.

Dem Wahlvorschlag wird mit 35 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung (Linke) zugestimmt.

- Rolf Heiliger, wohnhaft Neckarstraße 22, Riedstadt-Crumstadt
- Günter Schaller, wohnhaft Rheinallee28, Riedstadt-Erfelden

Dem Beschlussvorschlag wird mit 35 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung (Linke) zugestimmt.

**TOP 6 1. Änderung des Bebauungsplans mit integriertem
Grünordnungsplan „Im Sand“ und „Im Sand II“ im Stadtteil
Crumstadt
hier: Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB DS-IX-18/11**

Im Umwelt- Bau- und Verkehrsausschuss wurden Änderungen in den textlichen Festsetzungen beschlossen, unter anderem bezüglich der zulässigen Dachformen.

Bürgermeister Werner Amend gibt zu Protokoll, dass aus Sicht der Verwaltung die Änderung der zugelassenen Dachformen sehr ungeschickt sei, da über viele Bauanträge bereits nach alten Richtlinien befunden worden sei.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

- (1) Die Beschlussempfehlungen zu den im Rahmen der Beteiligungsverfahren gem. § 3 Abs. 2 BauGB und gem. § 4 Abs. 2 BauGB jeweils i.V.m. § 13 a BauGB sowie gem. § 4a Abs. 3 Satz 2 eingegangenen Stellungnahmen und Anregungen werden nach ausführlicher Diskussion als Stellungnahmen der Stadt Riedstadt beschlossen.
- (2) Der Bebauungsplan wird gem. § 10 BauGB sowie § 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 5 HGO und § 81 HBO als Satzung beschlossen und die Begründung hierzu gebilligt.
- (3) Der Bebauungsplan wird ortsüblich bekannt gemacht und in Kraft gesetzt.

Dem Beschlussvorschlag wird mit 34 Ja-Stimmen (SPD, CDU/FDP, GLR, WIR) bei 1 Enthaltung(CDU/FDP) und 1 Nein-Stimme (Linke) zugestimmt.

**TOP 8 Übertragung von Haushaltsausgaberesten aus dem
Wirtschaftsplan 2010 des Immobilienbetriebes in den
städtischen Haushalt zum 01.01.2011 DS-IX-20/11**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Bildung von Haushaltsausgaberesten des Wirtschaftsplanes Immobilienbetrieb 2010 in Höhe von 329.579,13 € die zur Beendigung der bereits begonnenen Investitionen benötigt werden.

Dem Beschlussvorschlag wird mit 35 Ja-Stimmen (SPD, CDU/FDP, GLR, WIR) bei 1 Enthaltung (Linke) zugestimmt.

TOP 9 Verabschiedung des 1. Nachtragshaushaltes 2011

DS-IX-21/11

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 114 e Hessische Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung vom 7. März 2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. März 2010 (GVBl. I S. 119) die vorliegende 1. Nachtragshaushaltsatzung mit dem beigefügten geänderten Stellenplan für das Haushaltsjahr 2010.

Der Satzungstext lautet wie folgt:

1. Nachtragssatzung 2011

Nachtragsatzung

Aufgrund der §§ 114e ff. der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.03.2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. März 2010 (GVBl. I S. 119), hat die Stadtverordnetenversammlung am 09. Juni 2011 folgende Nachtragssatzung beschlossen:

§ 1

Mit dem Nachtragsplan werden

	erhöht um EUR	vermindert um EUR	und damit der Gesamtbetrag des Haushaltsplans einschließlich der Nachträge	
			gegenüber bisher EUR	auf nunmehr EUR festgesetzt
im Ergebnishaushalt				
<u>im ordentlichen</u> <u>Ergebnis</u>				
die Erträge	565.664,00		28.143.192,00	28.708.856,00
die Aufwendungen	903.828,00		33.146.044,00	34.049.872,00

zur Sitzungsniederschrift der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am 9. Juni 2011

<u>im außerordentlichen Ergebnis</u>				
die Erträge	80.927,00		217.400,00	298.327,00
die Aufwendungen			146.000,00	146.000,00
im Finanzhaushalt				
<u>aus laufender Verwaltungstätigkeit</u>				
der Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen	-257.237,00		-3.707.956,00	-3.965.193,00
<u>aus Investitionstätigkeiten</u>				
die Einzahlungen		-181.000,00	703.000,00	522.000,00
die Auszahlungen	232.500,00		2.528.200,00	2.760.700,00
<u>aus Finanzierungstätigkeit</u>				
die Einzahlungen	413.500,00		1.825.200,00	2.238.700,00
die Auszahlungen			643.825,00	643.825,00

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen im Finanzhaushalt erforderlich ist, wird gegenüber der bisherigen Festsetzung in Höhe von 1.825.200,00 EUR um 413.500,00 EUR erhöht und damit auf 2.238.700,00 EUR neu festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen zur Leistung von Auszahlungen in künftigen Jahren für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen wird gegenüber der bisherigen Festsetzung in Höhe von 450.000,00 EUR um 1.400.000,00 EUR erhöht und damit auf 1.850.000,00 EUR neu festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird gegenüber dem bisherigen Höchstbetrag von 12.000.000,00 EUR um 7.000.000,00 EUR erhöht und damit auf 19.000.000,00 EUR neu festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden nicht verändert.

§ 6

Es gilt der von der Stadtverordnetenversammlung vom 09.06.2011 als Teil des Nachtragshaushalts beschlossene Stellenplan.

Es gilt eine generelle sechsmonatige Stellenbesetzungssperre; über Ausnahmen entscheidet die Stadtverordnetenversammlung im Einzelfall.

Ausgenommen von der generellen Stellenbesetzungssperre sind die Stellen in den Kindertagesstätten.

§ 7

Die Regelungen des § 7 der Haushaltssatzung 2011 werden nicht geändert.

Der 1. Nachtragshaushalt 2011 wird mit 20 Ja-Stimmen (SPD, GLR) gegen 12 Nein-Stimmen (CDU/FDP-Fraktion) bei 4 Enthaltungen (Linke und WIR) verabschiedet.

**TOP 10.2. Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Unterstützung der
Tagespflege in Riedstadt DS-IX-23/11**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Magistrat wird aufgefordert, zur August-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung einen Entwurf für ein Konzept zur Unterstützung der Tagespflege in Riedstadt vorzulegen.

Dieser soll insbesondere enthalten:

- Aussagen darüber, wie die Kapazitäten der Tagespflege noch besser mit den Angeboten von Stadt und freien Trägern im Kita-Bereich abgestimmt werden können
- Einen Vorschlag, wie Tagespflege finanziell unterstützt werden kann (siehe dazu beispielhaft die Modelle von Maintal/Main-Kinzig-Kreis und Kreis Bergstraße)
- Ideen zur Verbesserung der Kommunikation zwischen den Tageseltern untereinander sowie zwischen Tageseltern und Stadt (Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten, Organisation von Treffen der Tageseltern, Benennung eines Ansprechpartners, etc.)
- Vorstellungen, wie Kreis und Stadt im Tagespflege-Bereich gemeinsam vorgehen können

zur Sitzungsniederschrift der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am 9. Juni 2011

Dem Antrag wird mit 35 Ja-Stimmen (SPD, CDU/FDP, GLR, WIR) bei einer Nein-Stimme (Linke) zugestimmt.

TOP 11.1. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Schnakenbekämpfung DS-IX-26/11

Der Magistrat beantwortet die Anfrage der CDU/FDP-Fraktion wie folgt:

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 17. Februar 2011 unter TOP 19.2. (DS-VIII-440/10) einstimmig folgenden Beschluss gefasst:

„Die Stadtverordneten der Gemeinde Riedstadt mögen beschließen, die zuständigen Behörden aufzufordern, unnachgiebig schon zu Beginn der Schnakenbekämpfung 2011 auch die Tabuzonen in die Maßnahme der Bekämpfung einzubeziehen.“

Das Regierungspräsidium Darmstadt wurde mit Schreiben vom 29. März 2011 über den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung unterrichtet. Die Antwort des RP Darmstadt wurde bereits verteilt.

Thomas Fischer gibt für die CDU/FDP-Fraktion bekannt, dass diese unzufrieden mit der Antwort des Regierungspräsidiums ist, Bürgermeister Werner Amend nimmt hierzu Stellung.

TOP 11.2. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zu Problemen mit dem E-Mail-Server DS-IX-27/11

Der Magistrat beantwortet die Anfrage der CDU/FDP-Fraktion wie folgt:

1. Was war die Ursache der Probleme?

Es gab eine unglückliche Verkettung von mehreren Umständen:

Der in die Jahre gekommene Exchange-Server (Eine Neuinstallation war in diesem Jahr geplant) hat die Replikation (Abgleich aller Einstellungen auf mehreren Servern) durcheinander gebracht. Dann hat vermutlich ein Angriff von Viren auf den Verzeichnisdienst-Server die Struktur zerstört. Das Active Directory hat „sich zerlegt“. Man konnte sich nicht mehr am Exchange Server anmelden, die Zuordnung der Benutzer, Gruppen, Server, Zugriffsrechte, Filter, Drucker etc. war korrupt. Nur ein Aufsetzen eines neuen „Active Directory“ konnte abhelfen.

Es sind aber keine Daten verloren gegangen, unser bisheriges Sicherheitskonzept hat somit funktioniert. Lediglich vereinzelt gingen E-Mails, Kontakt- und Kalenderdaten verloren, denn in den Schulungen wurden die Anwender zwar auf ihre Verantwortlichkeit zur Sicherung der

eigenen Daten hingewiesen (solange wir noch kein Archivsystem haben, das war auch schon in Planung), das wurde vom IT-Service wohl aber nicht ausreichend kontrolliert.

2. Warum dauerte die Fehlerbehebung so lange?

Die Fehlerbehebung begann am gleichen Tag der Störung, auch über die Osterfeiertage. Zunächst wurden die Verfahren mit Publikumsverkehr wiederhergestellt, das war nach weniger als 60 Minuten erledigt. Somit gab es für den Bürger keine nennenswerten spürbaren Ausfälle.

Das einzige, was etwas länger gedauert hatte (fast eine Woche) war der Mailverkehr. Man muss berücksichtigen, dass im Prinzip sämtliche Konfigurationen der letzten 7 - 8 Jahre nachgebildet werden mussten.

3. Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um ähnliche Vorfälle für die Zukunft auszuschließen?

Die wichtigsten Server (Exchange-Server, Verzeichnisdienstserver, Archivierungsdienst), wurden jetzt virtualisiert, damit ist es möglich Backups der „Geräte“ und Daten regelmäßig zu erstellen. Wenn ein Server ausfällt, muss dann nur ein Image zurückgespielt werden. Es muss noch professionelle Sicherungssoftware angeschafft werden, erste Preisanfragen und Konzepte wurden schon seit Beginn des Jahres erstellt/erfragt.

Als Sicherheitslösung gibt es zum einen von SOPHOS das übliche Paket gegen Viren und Trojaner, im Übrigen gibt es ein Kontrollsystem für unberechtigte Zugriffe von USB Stick, CDs, DVD, etc.

Unser ISA-Server (Proxy, Firewall, Filterung) ist in die Jahre gekommen und muss in 2012 neu dimensioniert werden. Erste Gespräche mit Anbietern und Lieferanten waren schon erfolgt.

Auch an einer Sensibilisierung der Mitarbeiter zum Umgang mit Internet und Mails wird weiter zu arbeiten sein.

Thomas Fischer gibt auch hier für die CDU/FDP-Fraktion bekannt, dass diese unzufrieden mit der Beantwortung der Anfrage sei. Zunächst solle geprüft werden, wo es bei der IT konzeptionelle Schwächen gibt.

Der Magistrat beantwortet die Anfrage des Stadtverordneten Peter Ortler (Die Linke) wie folgt:

Dem Magistrat waren die Pläne auf der Mülldeponie bislang nicht bekannt. Die Frage wurde daher schriftlich dem für das Genehmigungsverfahren zuständigen Regierungspräsidium Darmstadt vorgelegt. Der Schriftverkehr wurde zur Information bereits verteilt. Sowohl telefonisch, als auch schriftlich war der Sachbearbeiter des RP Darmstadt nicht bereit, ausführlichere Informationen mitzuteilen.

Hierzu gibt es keine weiteren Fragen oder Stellungnahmen.

TOP 11.4. Anfrage der SPD-Fraktion zum Ausfall des Emailsystems DS-IX-29/11

Der Magistrat beantwortet die Anfrage der SPD-Fraktion wie folgt:

1. Warum ist das System ausgefallen?

Es gab eine unglückliche Verkettung von mehreren Umständen:

Der in die Jahre gekommene Exchange-Server (Eine Neuinstallation war in diesem Jahr geplant) hat die Replikation (Abgleich aller Einstellungen auf mehreren Servern) durcheinander gebracht. Dann hat vermutlich ein Angriff von Viren auf den Verzeichnisdienst-Server die Struktur zerstört. Das Active Directory hat „sich zerlegt“. Man konnte sich nicht mehr am Exchange Server anmelden, die Zuordnung der Benutzer, Gruppen, Server, Zugriffsrechte, Filter, Drucker etc. war korrupt. Nur ein Aufsetzen eines neuen „Active Directory“ konnte abhelfen.

Es sind aber keine Daten verloren gegangen, unser bisheriges Sicherheitskonzept hat somit funktioniert. Lediglich vereinzelt gingen E-Mails, Kontakt- und Kalenderdaten verloren, denn in den Schulungen wurden die Anwender zwar auf Ihre Verantwortlichkeit zur Sicherung der eigenen Daten hingewiesen (solange wir noch kein Archivsystem haben, das war auch schon in Planung), das wurde vom IT-Service wohl aber nicht ausreichend kontrolliert.

2. Was war der Grund für den Ausfall?

Der in die Jahre gekommene Exchange Server hat die Replikation (Abgleich aller Einstellungen auf mehrere Servern) durcheinander gebracht. Damit waren auch Sicherungen defekt.

3. Wie lange hat der Ausfall gedauert?

Serverausfälle: Gründonnerstag bis Ostermontag

Publikumsanwendungen: Osterdienstagvormittag (EWO 1 Stunde)

Fachanwendungen: einzelne je nach Priorität 1-2 Tage

E-Mail: Gründonnerstag bis darauffolgenden Freitag

Clients: Es gab bei den Anwendern daher ggf. Verzögerungen, da jeder Benutzer und Client-PC neu in die Domäne eingehängt werden musste. Damit jeder Anwender, insbesondere mit Publikumsverkehr, arbeiten konnte, musste somit die Wiederherstellung des Mailservers verschoben werden. In den Außenstellen wurden zunächst mindestens bei je einem PC Betriebsbereitschaft hergestellt, die weiteren Clients folgten nach und nach.

4. Was wird unternommen, um solche Ausfälle in Zukunft zu verhindern?

Die wichtigsten Server (Exchange-Server, Verzeichnisdienstserver, Archivierungsdienst), wurden jetzt virtualisiert, damit ist es möglich, Backups der „Geräte“ und Daten regelmäßig zu erstellen. Wenn ein Server ausfällt, muss dann nur ein Image zurückgespielt werden. Es muss noch professionelle Sicherungssoftware angeschafft werden, erste Preisanfragen und Konzepte wurden schon seit Beginn des Jahres erstellt/erfragt.

5. Welches Sicherheitskonzept hat die IT der Stadtverwaltung?

Siehe auch 4. Als Sicherheitslösung gibt es zum einen von SOPHOS das übliche Paket gegen Viren und Trojaner, im Übrigen gibt es ein Kontrollsystem für unberechtigte Zugriffe von USB Stick, CDs, DVD, etc.

Unser ISA-Server (Proxy, Firewall, Filterung) ist in die Jahre gekommen und muss in 2012 neu dimensioniert werden. Erste Gespräche mit Anbietern und Lieferanten waren schon erfolgt. Auch an einer Sensibilisierung der Mitarbeiter zum Umgang mit Internet und Mails wird weiter zu arbeiten sein.

6. Welches Backupkonzept hat die IT?

Siehe auch 4. Des Weiteren werden die externen Mails mittlerweile extern bei einem zertifizierten Provider (für 10 Jahre revisionssicher) archiviert. Die allgemeinen Daten liegen auf einer redundanten NAS-Box, werden aber auf ein zweites NAS im Keller und zur Zeit auf einen „älteren“ Server im Bauhof gespiegelt, der aber in Kürze (Nachtragshaushalt?) durch ein NAS ersetzt werden wird.

7. Gibt es ein Continuity Management?

Die Aktualisierung eines solchen Konzeptes (das letzte stammt aus 2001) war für die zweite Jahreshälfte geplant

8. Gibt es ein Changemanagement und eine Changeplanung?

Aufgrund der Haushaltsmittel werden pro Jahr 15 Client-PC ausgewechselt. Server wurden nach Bedarf zumeist kurzfristig ersetzt bzw. mittlerweile dann virtualisiert. Die langfristigen Planungen erledigen sich im Laufe des Jahres zumeist wegen des dann zwischenzeitlich aufgebrauchten Budgets. Leider entfallen dadurch auch möglicherweise wichtige und sicherheitsrelevante Aufgaben bzw. Lösungen oder Anschaffungen, die dann ins nächste Jahr verschoben werden müssen.

zur Sitzungsniederschrift der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am 9. Juni 2011

Beispiel. Für das Jahr 2011 wurden uns 30.000 EUR genehmigt. Damit war die von uns gewünschte Ersatzbeschaffung der Optischen Switche (die Ports der mittlerweile 8 Jahren alten Geräte fallen nach und nach aus, der Wartungsvertrag läuft aus, es gibt kaum noch Ersatzteile, in die zu investieren auch nicht wirtschaftlich ist) nicht realisierbar. Im Januar hatten wir dann tatsächlich einen Komplettausfall der Switche = Netzwerk-Hardware, den wir mit dem letzten noch erhältlichen Ersatzteil wieder richten konnten.

Wie es weiter geht, hängt nun von dem Nachtragshaushalt ab (nachgemeldete Ersatzbeschaffung).

9. Wo werden Hard- und Software beschafft?

Die Hauptlieferanten sind für Hardware:

Bechtle, Controlware, Misco und Zimmermann in Darmstadt

Software:

Ekom21, Controlware oder Hersteller der „Fachanwendung“

Dienstleistungen:

Abass, Controlware, Ekom21, jeweiliger Softwarehersteller

Hierzu gibt es keine Zusatzfragen, allerdings kündigt Matthias Thurn für die SPD-Fraktion an, dass es hierzu evtl. später noch weitere Fragen gibt, die Antwort sei erst relativ spät bekannt geworden.

TOP 11.5. Anfrage der SPD-Fraktion zur Grünflächengestaltung in der Fischergasse im Stadtteil Erfelden DS-IX-30/11

Der Magistrat beantwortet die Anfrage der SPD-Fraktion wie folgt:

Nachdem die Linden in der Fischergasse Erfelden gefällt worden sind, wurden nun auch die Grünanlagen gemacht. Es stellt sich aber die Frage, warum bei der Gestaltung der Grünanlagen in der Fischergasse vom Konzept der Grundlagen in der Frankfurter Straße abgewichen wurde? Bedeutet dies, dass das Grünkonzept neu durchdacht wird?

Antwort:

Nach Pflanzung der neuen Bäume in der Fischergasse wurde - wie in der Frankfurter Straße - die Mehrzahl der Pflanzbeete mit einer Mischung aus Wildblumensamen eingesät. Vier Beete wurden davon ausgenommen, da für sie verbindliche Patenschaften von Anwohnern übernommen wurden.

Bei den Patenschaften wird in der Regel so verfahren, dass die Gestaltung der von den Paten übernommenen Flächen mit diesen abgestimmt wird. Da es aus Sicht der Fachgruppen Umwelt und Bauen das vordringliche Ziel ist, die Pflegebelastung der Stadt / des Bauhofes zu reduzieren und deshalb so viele Flächen wie möglich an Paten zu übergeben, kann es manchmal notwendig werden, Kompromisse in der Gestaltung der Flächen einzugehen. Dies war der Fall

zur Sitzungsniederschrift der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am 9. Juni 2011

bei der Gestaltung der Flächen -P006 und -P007 an der Ecke Hundgasse/Fischergasse, auf die sich die Anfrage der SPD-Fraktion wohl bezieht.

Die Paten haben die Patenschaft hier nur unter der Voraussetzung übernommen, dass sie niedrig bleibende Sträucher pflanzen dürfen.

Hinweis:

Mehr Informationen zur Grünflächengestaltung in Erfelden sowie der Link zu den Muster-Pflegevereinbarungen sind auf der städtischen Homepage nachzulesen:
<http://www.riedstadt.de/site/umwelt/gruenflaechen.php>

TOP 11.6. Anfrage der SPD-Fraktion zu den Sponsoren des Energiekonzeptes DS-IX-31/11

Der Magistrat beantwortet die Anfrage der SPD-Fraktion wie folgt:

Wer sind die Sponsoren des Energiekonzeptes

Neben dem Bund als Hauptsponsor haben bereits 2010 Riedwerke, Fraport AG und ÜWG ihre finanzielle Unterstützung zugesagt, so dass für die Stadt Riedstadt keine finanziellen Aufwendungen entstehen würden.

TOP 7 Änderung der Planfeststellung zur Erweiterung der vorhandenen Kiesgrube Crumstadt hier: Solarpark Kiesabbaufäche Crumstadt DS-IX-19/11

Die in der Sitzung des Umwelt-, Bau- und Verkehrsausschusses geänderte Beschlussvorlage lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Einleitung eines Planänderungsverfahrens für die Erweiterung von Kiesabbaufächen in Crumstadt mit dem Ziel der Errichtung eines Solarparks als Zwischennutzung auf den mit Beschluss vom 28. Februar 2007 des RP Darmstadt bereits planfestgestellten Abbaufächen. Die Kosten des Verfahrens sind vom Antragsteller zu tragen.“

Berthold Seybel (WIR-Fraktion) schlägt folgende Ergänzung des Beschlussvorschlags vor: „Durch die Einleitung des Planfeststellungsverfahrens wird sich nicht auf einen Anbieter festgelegt.“

Verena Wokan (CDU/FDP-Fraktion) schlägt folgende Ergänzung des Beschlussvorschlags vor: „Den Zuschlag für die Errichtung und das Betreiben des Solarparks soll der Anbieter erhalten, der für die Stadt Riedstadt das finanziell lukrativste Angebot abgibt.“

Dieser Formulierung schließt sich Berthold Seybel an und zieht seinen Ergänzungsvorschlag zurück.

Dem Änderungsvorschlag von Frau Wokan wird mit 34 Ja-Stimmen (SPD, CDU/FDP, GLR, WIR, Linke) und einer Nein-Stimme (aus der CDU/FDP-Fraktion) bei einer Enthaltung (aus der CDU/FDP-Fraktion) zugestimmt.

Der Beschlussvorschlag lautet somit:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Einleitung eines Planänderungsverfahrens für die Erweiterung von Kiesabbauflächen in Crumstadt mit dem Ziel der Errichtung eines Solarparks als Zwischennutzung auf den mit Beschluss vom 28. Februar 2007 des RP Darmstadt bereits planfestgestellten Abbauflächen. Die Kosten des Verfahrens sind vom Antragsteller zu tragen. Den Zuschlag für die Errichtung und das Betreiben des Solarparks soll der Anbieter erhalten, der für die Stadt Riedstadt das finanziell lukrativste Angebot abgibt.“

Der so geänderten Gesamtvorlage wird mit 30 Ja-Stimmen (SPD, CDU/FDP, GLR, Linke) und 5 Nein-Stimmen (aus den Reihen der CDU/FDP und der WIR) bei einer Enthaltung (CDU-Fraktion) zugestimmt.

**TOP 10.1. Prüfantrag der SPD-Fraktion über die Teilnahme der Stadt Riedstadt am Förderprogramm der Bundesregierung „Gesellschaftliche Verantwortung im Mittelstand“
DS-IX-22/11**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Der Magistrat der Stadt Riedstadt wird beauftragt zu prüfen, in wie weit sich die Stadt Riedstadt alleine oder in Kooperation mit dem Kreis am Programm „Gesellschaftliche Verantwortung im Mittelstand“ beteiligen kann.
Insbesondere ist zu prüfen, ob die aufzubringenden Eigenmittel über Sponsoring aufgebracht werden können.
2. Bei einem positiven Prüfungsergebnis wird der Magistrat der Stadt Riedstadt beauftragt, beim Bundesministerium für Soziales und Arbeit bis zum 30.06.2011 einen Antrag auf Teilnahme an dem Förderprogramm zu stellen.
3. Der Stadtverordnetenversammlung ist bis zu ihrer nächsten Sitzung über das Ergebnis zu berichten.

Dem Antrag wird mit 30 Ja-Stimmen (SPD, CDU/FDP, GLR, Linke) bei 6 Enthaltungen (CDU/FDP, WIR) zugestimmt.

zur Sitzungsniederschrift der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am 9. Juni 2011

**TOP 10.3. Prüfantrag der GLR-Fraktion zur Umstellung der
Stromversorgung aller Liegenschaften auf Öko-Strom
DS-IX-24/11**

Michael Fraikin (CDU-Fraktion) stellt den Änderungsantrag, dass in den Beschluss aufgenommen wird: „Ebenfalls ist der günstigste konventionelle Anbieter aufzuführen.“.

Der Änderungsantrag wird mit 21 Nein-Stimmen (SPD, GLR, Linke) gegen 15 Ja-Stimmen (CDU/FDP, WIR) abgelehnt.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

„Der Magistrat der Stadt Riedstadt wird aufgefordert zu prüfen, welche Kosten der Stadt Riedstadt durch eine vollständige Umstellung der Stromversorgung aller Liegenschaften auf Strom aus regenerativen Energiequellen (Öko-Strom) entstehen. Berücksichtigt werden sollen ausschließlich Angebote, die nach dem ok-power-Label oder dem GrünerStromLabel zertifiziert sind.

Das Prüfergebnis ist spätestens zur 3. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 11. August 2011 vorzulegen.“

Der unveränderte Antrag wird mit 22 Ja-Stimmen gegen 9 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen beschlossen.

**TOP 10.4. Antrag der GLR-Fraktion zur Resolution zur Stilllegung der
Kernkraftwerksblöcke Biblis A und B DS-IX-25/11**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt folgende Resolution an die Hessische Landesregierung und die Bundesregierung betreffend der Kernkraftwerksblöcke Biblis A und B:

Resolution an die Hessische Landesregierung und die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland

Nach dem am 17. Mai der Bericht der Reaktorsicherheitskommission (RSK) zur Sicherheitsüberprüfung deutscher Kernkraftwerke vorgelegt wurde, fordert die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Riedstadt:

„Die AKW-Blöcke Biblis A und B müssen endgültig stillgelegt werden und dürfen nach dem Ende des Moratoriums nicht wieder angefahren werden. Dies gebietet die sonst nicht mehr gewährleistete Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in der unmittelbaren Umgebung des Kernkraftwerks.“

Darüber hinaus ist der Ausbau der erneuerbaren Energien dringend voranzutreiben und nicht zu Gunsten einer teuren und keineswegs nachhaltigen Umrüstung der beiden veralteten Kraftwerksblöcke in Biblis weiter hinauszuschieben.

zur Sitzungsniederschrift der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am 9. Juni 2011

Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass dies die eindeutige Konsequenz aus dem Bericht der Reaktorsicherheitskommission (RSK) zur Sicherheit der Atomkraftwerke in Deutschland ist.

Die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten ist unser vordringliches Ziel, deshalb muss das Atomkraftwerk Biblis insgesamt abgeschaltet bleiben.

In der Diskussion schlägt die Stadtverordnete Hennig vor, den Antrag der GLR wie folgt zu ergänzen:

„Biblis B als Kaltreserve zur Verfügung zu halten ist weder mit dem Bericht der Reaktorsicherheitskommission noch mit dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung in Einklang zu bringen und deshalb abzulehnen. Die Betreiberfirma RWE hat einen verbindlichen Plan zum sofortigen Rückbau der beiden Reaktorblöcke Biblis A und B vorzulegen. Die Kosten für den Rückbau trägt die Betreiberfirma. Während des Rückbaus ist dafür Sorge zu tragen, dass das radioaktive Material auch im Katastrophenfall sicher gelagert wird. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind während der Rückbauphase kontinuierlich weiter zu qualifizieren, um sie anderweitig einsetzen zu können.“

Der Änderungsantrag wird mit 22 Ja-Stimmen (SPD, GLR, CDU/FDP, Linke) und 4 Nein-Stimmen (CDU/FDP, WIR) bei 10 Enthaltungen (CDU/FDP, WIR) angenommen.

Die so geänderte Resolution wird mit 21 Ja-Stimmen (SPD, GLR, Linke) und einer Nein-Stimme (CDU/FDP) bei 14 Enthaltungen (CDU/FDP, WIR) beschlossen.

Der Stadtverordnetenvorsteher Patrick Fiederer schließt die Sitzung um 20:10 Uhr und lädt alle Anwesenden, auch die Zuhörer, zu einem kleinen Sektempfang anlässlich seines heutigen Geburtstages ein.

Riedstadt, den 29. Juni 2011

(Vorsitzender)

(Schriftführer)